

### **Dringliche Interpellation Nr. 86 (September 2025)**

25.5354.01

betreffend Sistierung oder Aufhebung geforderter und geplanter Mehrausgaben im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und mögliche Rückgänge der Steuereinnahmen

Seit einigen Tagen müssen wir in der Schweiz mit teilweise drastischen Auswirkungen der US-Zollpolitik auf unsere Wirtschaft rechnen. Besonders stark kann unser Kanton und damit die Region betroffen sein. Vieles ist unklar und die Folgen ungewiss. Es besteht deshalb Handlungsbedarf.

Gouverner c'est prévoir - vorausschauendes Denken und Handeln sind erforderlich. Grosser Rat und Regierungsrat haben in jüngster Zeit diverse Vorhaben lanciert oder gefordert, die zu erheblichen Mehrausgaben führen. Beispiele:

- Staatliche Förderung der Einführung der Viertagewoche in KMU mit Steuergeldern,
- Lohnerhöhungen und Umwelt-Abo auch für Staatsangestellte, mit bereits konkurrenzfähigen Löhnen und Arbeitsbedingungen,
- Investitionsvorhaben, die eher dem Wunschdenken («nice to have») und nicht Notwendigkeit («need to have») entsprechen - wie der Bau des Margarethenstichs mit alleiniger Finanzierung durch den Kanton Basel-Stadt zum Nutzen eines Teils der Baselbieter Bevölkerung,
- Bau neuer Tramverbindungen durch Clara- und Petersgraben, sowie Elemente des ÖV-Programms etc.

Wenn sich düstere Prognosen mit Auswirkungen auf den baselstädtischen Steuerertrag bewahrheiten sollten, können wir uns sogar Ausgaben in den bisherigen Dimensionen nicht mehr leisten, geschweige denn zusätzliche Mehrausgaben. Es braucht dann wie bereits in den frühen 2000er-Jahren Sparprogramme mit einschneidenden Massnahmen. Mit Blick darauf ist es dringend erforderlich, dass der Regierungsrat und der Grosse Rat vorausschauend handeln und mindestens die aktuell vom Parlament geforderten oder vom Regierungsrat lancierten Vorhaben, welche zu Mehrausgaben führen, sistieren oder aufheben. Auch weitere Massnahmen zur Vermeidung nicht dringend erforderlicher Mehrausgaben sollen vom Regierungsrat geprüft und vorgeschlagen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sieht der Regierungsrat durch die in Aussicht gestellten US-Zölle auf Exportprodukte eine Gefahr für die lokale Wirtschaft mit Folgen für die Steuereinnahmen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, Massnahmen zu planen und dem Grossen Rat vorzuschlagen, welche nicht dringend erforderliche zusätzliche Ausgaben verhindern?
3. Ist der Regierungsrat bereit, dem Grossen Rat verschiedene Szenarien zur Reduktion der Ausgaben vorzulegen?
4. Ist der Regierungsrat bereit auf Investitionsvorhaben zu verzichten oder diese zumindest zu sistieren, wenn deren Notwendigkeit nicht ausgewiesen ist?
5. Welche konkreten Massnahmen beabsichtigt der Regierungsrat als Reaktion auf mögliche drastische Einbrüche der Steuereinnahmen ausgabenseitig zu planen und umzusetzen?

Gabriel Nigon